

# PLENUM 2021



## In dieser Ausgabe:

**THEMA DER WOCHE:**

Testen und impfen

**MARTINA STAMM-FIBICH:**

Die COVAX-Initiative der WHO

**GABRIELA HEINRICH:**

Maskendeals, Geld aus Baku: Wir brauchen mehr Transparenz

**CARSTEN TRÄGER:**

Wegweiser für einen zukunftsfähigen Waldumbau

## Testen und impfen

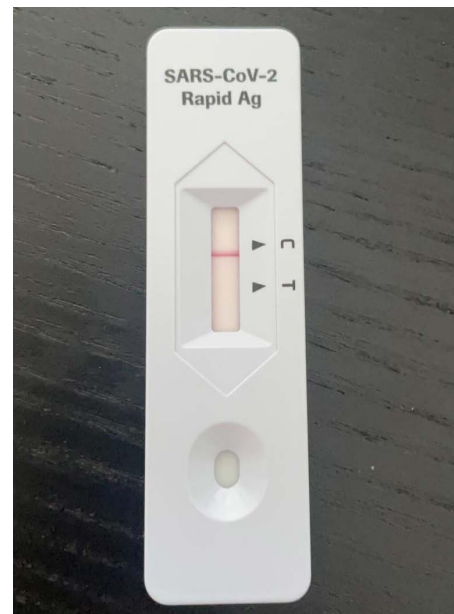
Die Infektionszahlen steigen wieder. Wir stehen vor einer dritten Welle der Corona-Pandemie – vor allem aufgrund der ansteckenderen und gefährlicheren Virusmutante B.1.1.7. Die Test- und Impfkapazitäten müssen massiv ausgebaut werden.

Es ist vor allem der Blick auf die Intensivstationen, der Sorge bereitet. Sie füllen sich wieder, jetzt aber mit jüngeren Patientinnen und Patienten. Diese sterben zwar zum Glück seltener an der Infektion, verweilen aber länger auf den Stationen. Eine Überlastung muss auf jeden Fall verhindert werden, da auch für jüngere Patientinnen und Patienten ohne intensivmedizinische Behandlung ein erhebliches Risiko für schwerste Krankheitsverläufe besteht. Es muss deshalb weiter gelten: Kontakte auf das absolut notwendige Minimum beschränken, Zusammenkünfte in Innenräumen vermeiden, möglichst auf Reisen verzichten – so schwer uns das gerade zu Ostern fällt.

Die Belastungen für die von den Pandemiemaßnahmen Betroffenen sind hart, sei es für Familien und Alleinerziehende, sei es für Selbständige und Kulturschaffende, sei es für unsere Kinder oder für die, die seit Monaten in Kurzarbeit sein müssen. Doch endlich kommt das Ende der Leidenszeit in Sicht: Der Impfstoff wird im April endlich in größeren Mengen verfügbar sein und die neuen Schnell- und Selbsttests könnten eine Chance für mehr Sicherheit sein und dabei helfen, die Zeit zu überbrücken, bis noch mehr Menschen in diesem Land geimpft sind.

Wir haben inzwischen neue Instrumente an der Hand, um Infektionsketten zu unterbrechen und die Pandemie einzudämmen. Sie müssen aber auch konsequent in den Bundesländern umgesetzt werden, wie die regelmäßigen Tests in den Schulen. Nach den Ostertagen muss eine umfassende Teststrategie in Gang kommen und die Impfkampagne endlich Fahrt aufnehmen. Der Bund muss die Länder dabei unterstützen und dabei steht Bundesgesundheitsminister Jens Spahn in der Verantwortung. Der Wirtschaftsminister muss endlich dafür sorgen, dass die Milliardenhilfen, die unser Finanzminister Olaf Scholz zur Verfügung gestellt hat, schnell und unbürokratisch abfließen. Mehr Schutz brauchen auch die Beschäftigten – durch regelmäßige Testangebote in Betrieben und Homeoffice dort, wo es möglich ist.

Angesichts steigender Infektionszahlen sind die Einschränkungen des öffentlichen und privaten Lebens weiter nötig. Die Test- und Impfmöglichkeiten erlauben aber eine neue Perspektive, wenn wir sie konsequent nutzen. Der verabredete Stufenplan ist sinnvoll, weil er Orientierung gibt – er muss auch eingehalten werden. Es ist sinnvoll, dass die Länder im Rahmen von Modellprojekten unter strengen Schutzmaßnahmen und einer konsequenten Teststrategie die Auswirkung von Öffnungsschritten überprüfen, sofern die Maßnahmen räumlich wie zeitlich begrenzt sind. Solche eng von den Gesundheitsämtern begleiteten Modellprojekte können wichtige Erkenntnisse über Infektionswege



geben und auch in eine Öffnungsstrategie einfließen, zum Beispiel für Kultureinrichtungen. Wenn sich ganze Bundesländer aber als Modellprojekt bezeichnen, um die von Bund und Ländern vereinbarte „Notbremse“ zu umgehen, dann ist das nicht in Ordnung.

Fast zehn Millionen Menschen sind inzwischen mindestens einmal geimpft. Ab April wird die Menge der verfügbaren Impfdosen deutlich steigen, die Hausärzte werden in die Impfstrategie einbezogen. Wir sind sicher: Zusammen mit einer starken Teststrategie, aber auch mit den trotzdem vorläufig weiter nötigen Einschränkungen und einer konsequenten Unterstützung der wirtschaftlich und sozial Betroffenen können wir die Pandemie gemeinsam überwinden. Die SPD setzt sich dafür ein, dass dies so schnell wie möglich gelingt.



# Die Covax-Initiative der WHO

190 Staaten unterstützen bereits die solidarische Initiative, die ärmeren Ländern die Beschaffung von Covid-Impfstoffen ermöglichen soll.

Corona hat die Weltgemeinschaft getroffen. Es ist wichtig, gemeinschaftlich zu handeln. Auch wenn die Impfkampagne hierzulande nicht rund läuft, dürfen wir die Versorgung mit Impfstoffen außerhalb der Landesgrenzen nicht aus den Augen lassen.

Die Impfstoffverteilung ist ein globales Thema. Je länger die weltweite Verteilung der Impfstoffe dauert und das Virus unkontrolliert bleibt, desto mehr vermeidbare Infektionen und Todesfälle gibt es. Gleichzeitig wächst die Gefahr weiterer Mutationen und das Risiko, dass Impfstoffe auch in Deutschland nicht mehr wirken. In der Folge können wir die Schutzmaßnahmen nicht lockern. Hinzu kommt, dass der Wiederaufbau und das Aufholen des Entwicklungsverlustes in allen Ländern, aber vor allem im Globalen Süden, behindert werden. Das wieder

um lässt die Gefahr für gewaltsame Verteilungskonflikte und Migrationsbewegungen weiter wachsen.

In Rekordzeit haben Forscherinnen und Forscher Impfstoffe entwickelt. Jetzt müssen wir sicherstellen, dass die Ergebnisse schnellstmöglich allen Menschen zu Teil werden. Alle Länder müssen unabhängig von ihrer Kaufkraft zügigen Zugang zu Impfstoffen gegen COVID-19 erhalten. Zu diesem Zweck hat die Weltgesundheitsorganisation WHO die Initiative COVAX und die dazu gehörige COVAX Facility ins Leben gerufen. COVAX steht für „Covid-19 Vaccines Global Access“.

Aufgabe der COVAX Facility ist es, die Entwicklung und Produktion von Impfstoffen zu beschleunigen. Vor allem aber ist sie dafür zuständig, Impfstoff-Dosen bei Herstellern zu kaufen

und allen Staaten zuzuteilen, die ihre Teilnahme an COVAX erklärt haben. Erste Impfstoffkontingente haben Länder in Afrika, Asien, Südamerika und Europa bereits erreicht.

## Deutschland unterstützt COVAX mit 980 Millionen Euro

Inzwischen nehmen 190 Staaten weltweit an COVAX teil, auch Deutschland. Wenn wohlhabendere Nationen Impfstoffe über COVAX beziehen, dann zahlen sie den vollen, mit den Impfstoffherstellern ausgehandelten Preis. Ärmere Länder werden um eine finanzielle Beteiligung gebeten, haben aber, falls ihnen diese nicht möglich ist, Anspruch auf Gratislieferungen. Zahlreiche wohlhabendere Länder verzichten aufgrund ihrer bilateralen Beschaffungsabkommen auf eine Belieferung durch COVAX – so auch Deutschland. Damit unterstützen wir die Beschaffung für ärmere Länder finanziell.

Sobald wir allen Bürgerinnen und Bürgern in Deutschland ein Impfangebot gemacht haben, wird Deutschland im Rahmen von COVAX auch bilateral erworbene Impfdosen an Länder des globalen Südens spenden. Mit unserem finanziellen Engagement für COVAX sind wir übrigens nicht alleine: Die USA geben 2,5 Milliarden US-Dollar und das Vereinigte Königreich 730 Millionen US-Dollar. Die Länder Japan, Norwegen, Kanada und die Europäische Union sind ebenfalls mit dreistelligen Millionenbeträgen an COVAX beteiligt.



Äthiopien erhielt Anfang März eine erste Lieferung mit über 2,2 Millionen Impfdosen aus dem Covax-Projekt.  
Foto: <https://www.flickr.com/photos/unicefethiopia/51018703602>



Gabriela Heinrich | Wahlkreis Nürnberg Nord

✉ [gabriela.heinrich@bundestag.de](mailto:gabriela.heinrich@bundestag.de)

☎ 030 - 227 758 44

🌐 [www.gabriela-heinrich.de](http://www.gabriela-heinrich.de)

📘 [facebook.com/heinrichgabriela](https://facebook.com/heinrichgabriela)

**SPD**

Zeit für mehr  
Gerechtigkeit.

# Maskendeals, Geld aus Baku: Wir brauchen mehr Transparenz

Die Maskendeals und die Günstlingswirtschaft mit Aserbaidschan haben in den letzten Wochen ein Beben in der CDU/CSU ausgelöst. Einzelne Abgeordnete haben Konsequenzen gezogen, alte Seilschaften existieren weiter. Die SPD hat jetzt schärfere Regeln durchgesetzt.

Günstlingswirtschaft, Korruption, unsaubere Trennung von Tätigkeiten – alles das schadet der Demokratie. Politikverdrossenheit und Empfänglichkeit für populistische Propaganda bei den Menschen sind die Folgen der Verfehlungen Einzelner.

Allerdings sind diese Verfehlungen auch nicht isoliert voneinander zu betrachten: Ich war 2017 in Straßburg sozusagen live vor Ort, als der Aserbaidschan-Korruptionsskandal beim Europarat aufflog. Seitdem hat sich dort viel geändert. Alle Abgeordneten bei der Parlamentarischen Versammlung müssen alle Einkünfte und Interessen offenlegen. Nun hat der Skandal hat Deutschland erreicht. Im Moment sieht es so aus, als ob sich noch mehr Bundestagsabgeordnete aus Aserbaidschan bezahlen ließen. Für regimefreundliche Äußerungen zum Beispiel. Besonders die CDU in Baden-Württemberg scheint hier betroffen zu sein.

**Auf Druck der SPD ändert sich jetzt endlich was!**

Seitdem ich im Bundestag sitze, hat sich die Union gegen alle Vorschläge



Das Palais de l'Europe in Straßburg ist Sitz des Europarats.

gewehrt, solche Auswüchse zu verhindern. Allerdings haben die jüngsten Affären oder Skandale, wie auch immer man das nennen möchte, bei CDU/CSU ein Umdenken bewirkt. Trotzdem – von alleine wäre wieder nichts passiert. Nur weil die SPD nicht locker gelassen hat, wird es diese Verbesserungen geben:

1. Wir haben ein [Lobbyregister](#) durchgesetzt. Was wir allerdings noch brauchen, ist der "exekutive Fußabdruck" (in Gesetzgebungsvorhaben müssen die Treffen mit Lobbyisten in Bundesministerien, deren Stellungnahmen und Forderungspapiere veröffentlicht werden).

2. Wir haben scharfe [Transparenz-Regeln für Abgeordnete](#) durchgesetzt: Abgeordnete dürfen keine Spenden annehmen. Ihre Nebentätigkeiten müssen sie hinsichtlich der Anzahl

der Stunden und hinsichtlich des Verdienstes (auf Euro und Cent) angeben. Auch Einkünfte aus Beteiligungen, Aktienoptionen oder für Beratung müssen angezeigt werden. Abgeordnete dürfen ihr Bundestagsmandat nicht für geschäftliche Zwecke missbrauchen. Wenn sie selber lobbyieren, dürfen sie sich nicht dafür bezahlen lassen. Verletzen Abgeordnete diese Regeln, müssen sie hohe Bußgelder zahlen. Und: Die Strafnorm zur Bestechung und Bestechlichkeit von Abgeordneten wird verschärft.

Eines noch: Alles das brauchen wir auch in den Bundesländern, wie zuletzt die Maskengeschäfte von CSU-Landtagsabgeordneten deutlich gemacht haben. In den Ländern sind die [Regeln oft lockerer](#) als auf Bundesebene. Das betrifft Bayern, aber letztlich fast alle Länder, übrigens auch die, in denen die Grünen (mit-)regieren.



Carsten Träger | Wahlkreis Fürth

✉ [carsten.traeger@bundestag.de](mailto:carsten.traeger@bundestag.de)

☎ 030 - 227 778 01

🌐 [www.carsten-traeger.de](http://www.carsten-traeger.de)

📘 [facebook.com/carstentraegermdb](https://facebook.com/carstentraegermdb)

**SPD**

Zeit für mehr  
Gerechtigkeit.

# Wegweiser für einen zukunftsfähigen Waldumbau

Für die Etablierung klimastabiler Mischwälder braucht es eine Anpassung der Rehwildbestände auf ein waldverträgliches Maß. Wir wollen mit der Neuregelung die Eigenverantwortung vor Ort stärken.

Die Novellierung des Bundesjagdgesetzes schafft eine wichtige Grundlage für einen dringend benötigten Umbau unserer Wälder. Denn unsere Wälder sind in einem schlechten Zustand und müssen dringend an den Klimawandel angepasst werden, auch um die Artenvielfalt im Ökosystem Wald zu schützen.

Der Gesetzentwurf ist ein wichtiger Schritt zur Förderung des Waldumbaus hin zu klimaangepassten Wäldern. Für die Etablierung klimastabiler Mischwälder kann es nötig sein, die Rehwildbestände auf ein waldverträgliches Maß anzupassen. Dies ist erforderlich, damit die Wälder auch in Zukunft ihre unverzichtbaren Ökosystemleistungen für die Gesellschaft erbringen können. Zukünftig kann so zudem die Produktion von nachhaltigem Holz, als wichtigem klimafreundlichen und nachwachsenden Rohstoff gesichert werden.

Die vorgesehenen Regelungen zur Anpassung überhöhter Rehwildbestände tragen dazu bei, den Umbau des Waldes ohne Schutzmaßnahmen wie Wildschutzzäune zu ermöglichen und eine klimaangepasste Waldbewirtschaftung zu fördern.

Die SPD-Bundestagsfraktion möchte in der Neuregelung die Eigenverantwortung vor Ort stärken. Wir begrüßen



**Rehe sind ein wichtiger Teil des Ökosystems Wald. Zu viel Verbiss verhindert aber eine Wiederbewaldung von Schadwaldflächen und den Umbau unserer Wälder zu klimastabilen Mischwäldern. Damit das Ökosystem Wald im Gleichgewicht bleibt, kann es nötig sein, Rehwildbestände auf ein waldverträgliches Maß anzupassen – deshalb soll das Bundesjagdgesetz angepasst werden.**

Foto: RitaE/pixabay.com

die Regelungen zur Verständigung zwischen Waldbesitzerinnen und Waldbesitzern und der Jägerschaft zur Anpassung der Rehwildbestände, damit der Waldumbau gelingen kann. Grundlage hierfür soll ein Vegetationsgutachten sein, das auch Aussagen über den Lebensraum des Rehwildes enthalten kann.

Nach der letzten großen Novellierung des Bundesjagdgesetzes im Jahr 1976

sind wir es den Jagenden und Waldbesitzenden schuldig, eine Erneuerung des Bundesjagdgesetzes vorzunehmen. Wir leisten somit einen notwendigen Schritt, damit unsere Wälder für die Zukunft gewappnet sind. Es müssen nun alle Anstrengungen unternommen werden, um einen gesunden Waldumbau mit klimastabilen Mischbaumarten zu gewährleisten und gleichzeitig sicherzustellen, dass das Ökosystem Wald im Gleichgewicht bleibt.